

## **ANTRAG**

### **der Fraktionen der CDU und SPD**

#### **Jede Form des Antisemitismus konsequent ächten**

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag stellt fest:

1. Antisemitismus gibt es seit vielen Jahrhunderten, er ist dabei ebenso facettenreich wie wandelbar.
2. Das Existenzrecht des Staates Israel darf in Deutschland niemals infrage gestellt werden, das Existenzrecht des Staates Israel gehört zur deutschen Staatsräson. Elementarer Bestandteil des Existenzrechts ist das Recht auf Verteidigung.
3. Die freundschaftlichen Beziehungen, die Deutschland zum Staat Israel unterhält, haben nicht nur historische Ursachen: Israel gehört zu den wenigen demokratischen Staaten im Nahen Osten, der Staat Israel ist schon deswegen ein Freund und Verbündeter.
4. Aktuell erleben wir in Deutschland eine Vielzahl von Demonstrationen, auf denen unter dem Vorwand, israelische Innenpolitik zu kritisieren, gegen Jüdinnen und Juden gehetzt wird. Diese Hetze verurteilen wir aufs Schärfste.
5. Es ist zutiefst beunruhigend, wenn Jüdinnen und Juden berichten, sich in Deutschland nicht sicher zu fühlen. Wir erwarten, dass der Rechtsstaat mit aller Härte gegen Menschen vorgeht, die Jüdinnen und Juden bedrohen, verletzen oder jüdische Einrichtungen, wie etwa Synagogen, schänden.

**Wolfgang Waldmüller und Fraktion**

**Thomas Krüger und Fraktion**

**Begründung:**

Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern hat sich in der Vergangenheit verschiedentlich, aber stets aus gewichtigem Grunde zu gesellschaftspolitischen Themen positioniert, die nicht nur originär Mecklenburg-Vorpommern berühren. Gerade, wenn es um Antisemitismus geht, ist es notwendig, ganz klar Flagge zu zeigen und zu bekennen, dass wir an der Seite der Jüdinnen und Juden in Deutschland sowie an der Seite des Staates Israel stehen.